

Interview:

Werden Tierärzte in der Politik gehört?

Die letzten zwölf Monate waren politisch durchaus turbulent – von der intensiven Debatte zur Regulierung kritischer Antibiotika über Ferkelkastriation und Schlachtung gravider Rinder bis zur Anpassung der Gebührenordnung. Wie schwierig war es da, Tierarztpositionen einzubringen? Fragen an bpt-Präsident Dr. Siegfried Moder.

Herr Dr. Moder, wurden und werden Tierärzte bei politischen Entscheidungen noch ausreichend gehört?

Dr. Moder: Gehört ja, aber nicht immer erhört. Es gehört zur Politik, dass alle ihre Position vertreten, und dann wird entschieden. Das Ergebnis finden selten alle uneingeschränkt gut. Was aber in diesem Vorwahlzeitraum auffiel: Es gab bei fast jedem politischen Vorhaben, das uns Tierärzte betraf, noch Veränderungen auf der Zielgeraden. Da wurden dann teilweise völlig überraschend noch Inhalte eingeflochten, die aus unserer Sicht sehr unbefriedigend sind.

Können Sie das an Beispielen konkretisieren?

Moder: Da gibt es einige. Bei der GOT-Anpassung zum Beispiel die Öffnung nach unten: Für Kastrationsaktionen frei lebender Katzen darf künftig der einfache Gebührensatz unterschritten werden. Wir haben das als „Kann-Regel“ auf als gemeinnützig anerkannte Tierschutzvereine beschränken können.

Was aber sicher heraussticht, ist die geplante Neufassung der Tierärztlichen Hausapothekenverordnung (TÄHAV). Damit sollte der Einsatz kritischer und für die Humanmedizin wichtiger Antibiotika in der Tiermedizin reduziert werden. Was dazu im Verordnungsentwurf steht, auch die Einführung von Resistenztests, tragen wir Tierärzte uneingeschränkt mit.

Warum hat der bpt dann ungewöhnlich scharf und ablehnend reagiert?

Moder: Anfang 2017 wurde der Entwurf um umfangreiche Nachweis- und Dokumentationspflichten ergänzt – für Nutztier- und Kleintierpraktiker. Vieles davon ist sehr praxisfern. Wichtig sind uns zwei Dinge. Erstens: Wenn ein Verordnungsentwurf einzelne Vorgaben so formuliert, dass selbst die Verantwortlichen

davon ausgehen, dass die Auslegung letztlich Gerichte klären müssen, ist das für uns sehr unbefriedigend. Wir Praktiker brauchen bei so sensiblen Themen Rechtssicherheit. Zweitens: Wenn praktizierende Tierärzte feststellen, das ist im Alltag so nicht umzusetzen, und der Verband der beamteten Tierärzte deutlich macht, dass diese Auflagen die Amtsveterinäre auch bei den Kontrollen nicht entscheidend weiterbringen, dann entstehen große Zweifel an der fachlichen Notwendigkeit. Eine politische Hausapothekenverordnung aber lehnen wir ab.

Unsere Bedenken haben wir in allen Ministeriumsgesprächen deutlich gemacht und auch auf allen uns zur Verfügung stehenden Kanälen in die Politik zurück gespielt.

Hat es Erfolg, wenn Tierärzte so auch mal klare Kante zeigen und etwas eindeutig ablehnen?

Moder: Erst im Sommer wurde klar, dass die neue TÄHAV nicht mehr vor der Bundestagswahl verabschiedet werden kann, weil das Ministerium den Entwurf zu spät zur Notifizierung nach Brüssel geschickt hat. Nun ist es an dem neuen Bundesminister, das weitere Vorgehen zu beschließen. Wir hoffen jetzt, dass unsere fachlich-rechtlichen Argumente dann doch noch aufgegriffen werden. Es gibt einige Signale. Wir bleiben ja auch konstruktiv. Unser Vorschlag lautet, die Anpassung der Nachweise zurückzustellen. In etwa zwei Jahren haben wir sowohl die Ergebnisse der für 2019 gesetzlich vorgeschriebenen Evaluierung des staatlichen Antibiotikaminimierungskonzepts, und es liegt das neue EU-Tierarzneimittelrecht vor. Dann können wir auf Basis der EU-Vorgaben und der deutschen Fakten Regelungen aus einem Guss schaffen. Die sind dann auch langfristig tragfähig. Einige Bundesländer haben diesen Gedanken aufgegriffen. Jetzt warten wir ab.

Bis 2019 muss auch das Thema chirurgische Ferkelkastriation geklärt sein. Dann ist sie nur noch unter Schmerzausschaltung erlaubt. Jetzt sollen Lokalanästhetika dafür an Landwirte abgegeben werden. Auch damit sind viele Tierärzte überhaupt nicht einverstanden.

Moder: Die Diskussion um diesen sogenannten

„Kranke Tiere müssen behandelt werden, und natürlich brauchen wir mehr Prophylaxe.“

„4. Weg“, zeigt gut, worum es in der Berufspolitik geht. Um geschäftsfähig zu bleiben, muss man fachlich über eine Sache streiten. Immer wenn der Eindruck entsteht, es gehe vorrangig um ökonomische Interessen oder Besitzstandswahrung, dann wird es schwierig. Deshalb drei Punkte:

Bei dem sensiblen Thema Ferkelkastration grenzen wir kein Verfahren aus. Das hat auch die Mitgliederversammlung 2016 in einer Resolution klar formuliert: Ob Ebermast, Immunokastration oder chirurgische Kastration unter Betäubung – es gibt da keinen Königsweg. Zweitens lautet für Tierärzte die Maxime: Es muss wissenschaftlich belegt sein, dass ein Verfahren im Stall in Summe für die Tiere eine wirklich spürbare Verbesserung bringt. Für die Lokalanästhesie fehlen da noch Studien. Die brauchen wir. Drittens: Wir sehen es gar nicht gerne, dass Narkosemittel an Landwirte abgegeben werden sollen. Aber das Gesetz räumt diese Möglichkeit bereits jetzt ein. Da muss nichts Neues beschlossen werden.

Ich persönlich glaube, dass die Landwirtschaft sich mit dem Fokus auf eine vermeintlich kostengünstige Lösung in Eigenregie keinen Gefallen tut. Eine Lokalanästhesie ist in praxi viel aufwendiger und schwieriger, als es klingt. Da müssen aktuell vier Injektionen punktgenau gesetzt werden. Eine Injektion in den Hoden, wie in anderen Ländern, ist in Deutschland undenkbar.

Die Gesellschaft wird Politik – und Nutztierhalter – am Ende daran messen, dass sie Verfahren einsetzen, durch die die Tiere spürbar weniger Schmerzen und Stress haben.

An welchem Thema werden die Tierärzte gemessen?

Moder: Auch wenn momentan vor allem emotional über Tierwohl debattiert wird, das Thema Antibiotikaresistenzen und die daraus resultierenden Anforderungen an die Tierärzte – und die Tierhaltung – wird weltweit das zentrale politische Thema sein. Die Politik muss und will die Menschen vor den wachsenden Gesundheitsgefahren durch immer mehr Antibiotikaresistenzen schützen. Für uns Tierärzte wird es da nicht leicht, für die Tiere alle Therapieoptionen und auch unsere ärztliche Therapiefreiheit zu erhalten. Da

kann noch ein Tierschutzproblem entstehen.

Ganz konkret wollen wir Tierärzte weg vom Tonnen zählen und weg von Regeln, die vor allem darauf abzielen, den Antibiotikaeinsatz so unattraktiv wie möglich zu machen. Kranke Tiere müssen behandelt werden, und natürlich brauchen wir mehr Prophylaxe. Wir wollen hin zu einem praxisorientierten Resistenzmonitoring. Wir müssen wissen, welche Resistenzen wo wie häufig auftreten. Und wir müssen dann auch nachhalten, ob unsere Maßnahmen dafür sorgen, dass die Resistenzausbreitung gestoppt wird oder sogar rückgängig ist. Dieser fachliche Ansatz ist europaweit unter Tierärzten Konsens, denn dann wird unser Beitrag zur Lösung des Resistenzproblems sichtbar.

Das ist die große Politik. Aber der Tierarztberuf verändert sich auch im Praxisalltag. Junge Tierärzte wollen vor allem als Angestellte arbeiten, Investoren drängen in den Markt. Was tut der bpt und was bedeutet diese Entwicklung für den Verband?

Moder: Das sind vor allem gesellschaftliche Entwicklungen, die ein bpt nicht beeinflussen kann. Jede Tierarztgeneration hat andere Erwartungen an den Beruf. Wir werden immer mehr angestellte Tierärzte haben. Es wird mehr größere Einheiten und auch Tierarztketten geben. Viele Kollegen finden immer schwerer einen Praxisnachfolger. Das verändert das Berufsbild des Praktikers und die Praxisstrukturen. Was sich nicht ändert, sind die gesellschaftlichen und politischen Anforderungen an die Praktiker. Da macht keiner einen Unterschied zwischen angestellt und selbständig, zwischen großer oder kleiner Praxis.

Deshalb müssen wir diese Veränderungen in der Tierärzteschaft im Verband abbilden. Wir müssen den bpt dabei so zukunftsfest aufstellen, dass er weiter eine effiziente Vertretung aller (!) praktizierenden Tierärzte ist. Als Tierärzte dürfen wir nicht der Verlockung erliegen, uns in immer kleinere Einheiten aufzuidividieren – egal welcher Gruppe wir uns zuordnen und wie berechtigt Individualinteressen auch sein mögen.

Da sind wir wieder bei der Eingangsfrage: Werden Tierärzte in der Politik gehört? Ja, wenn sie geschlossen auftreten und fachlich argumentieren.



bpt-Präsident
Dr. Siegfried Moder

„Wir müssen wissen, welche Resistenzen wo wie häufig auftreten.“